



Vorschlag für Solidaritätsaktionen im Rahmen des EGB-Aktions- und Solidaritätstages

Ziel: Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Krisenländern zeigen und in Deutschland dafür sensibilisieren, welche Folgen die Krisenmaßnahmen für die Arbeitnehmer/innen haben

Schritte:

- 1. November Konferenz: „Kurs auf ein soziales Europa“, mit Berichten aus Griechenland (Film), aus Spanien (CC.OO), Irland (ICTU), Tschechien (CMKOS), Italien (CGIL).
- 6. November: BV-Sitzung
- 14. November: Aktions- und Solidaritätstag

Vorschläge:

- Solidaritätsbotschaften aus dem Bereich der Betriebs- und Personalräte, insbesondere GBR/KBR/EBR an die jeweiligen Partnergewerkschaften in den Krisenländern („cc“ an DGB und Mitgliedsgewerkschaften)
- Solidaritätsbotschaften der Bezirke/Regionen im Rahmen der Städtepartnerschaften und Partnerregionen
- DGB macht dazu einen Vorschlag, stimmt ihn mit den Gewerkschaften ab, der dann als Muster an die Funktionäre verschickt werden kann
- DGB sammelt die Schreiben, stellt sie zusammen und übergibt sie BK Merkel am 14.11.2012, anlässlich des Treffens mit dem CDU-Präsidium
- Wir veröffentlichen dies auf den Internet-Seiten
- Begleitend dazu können die Filmaufnahmen der Berichte aus den Krisenländern, die am 1.11.2012 auf der o.g. Konferenz erfolgen, in das Internet eingestellt werden
- Verabschiedung einer Solidaritätsresolution im Bundesvorstand am 6.11.2012
- Sollten Veranstaltungen zur Situation in den Krisenländern stattfinden, so könnten diese mit Materialien und ggfs Referenten unterstützt werden

Bausteine für mögliche Solidaritätsbotschaften:

- Die einseitige Sparpolitik verschärft die Krise, unzumutbare Belastungen für die Arbeitnehmer. Arbeitnehmer/innen tragen Last der Krise, die sie nicht verschuldet haben. Folgen sind: Verlust von Arbeitsplätzen - steigende Arbeitslosigkeit/Langzeitarbeitslosigkeit, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, aber auch Lohn- und Gehaltskürzungen, steigende Belastungen. Statt Austeritätspolitik braucht Europa solidarische Krisenlösungen, insbesondere eine Gemeinschaftshaftung der Staatsschulden und ein Programm für Wachstum- und Beschäftigung.
- Eingriffe der Troika - wie der Regierungen - in die Tarifautonomie verurteilen wir, Arbeitnehmerrechte – dürfen nicht abgebaut, sondern müssen vielmehr gestärkt werden. Wir fordern die Einhaltung der europäischen Grundrechte(Charter).
- Unterschiede in Europa nehmen zu, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und Perspektiven. Aber: mittel- oder langfristig trifft es alle Arbeitnehmer. Wenn Arbeitnehmerrechte europaweit geschwächt und die Nachfrage in Europa weiter einbricht, kommt das früher oder später auch bei uns an.
- Ohne starke Betriebsräte und Gewerkschaften ist ein demokratisches und soziales Europa nicht machbar.
- Wir setzen uns gemeinsam für ein faires, demokratisches und soziales Europa ein und übermitteln unsere Solidarität.